

# «Die Schweiz droht ins Hintertreffen zu geraten.»



Autor: Silent-Power  
Datum: Juni 21, 2023

Ihre Parlamentssitzungen zur Revision des Covid-19-Gesetzes dauerten bis zu neun Stunden. Der Luzerner Ständerat Damian Müller (FDP) und der Zürcher Nationalrat Bastien Girod (Grüne) liessen es sich trotzdem nicht nehmen, mitten in der Session Fragen des Silent-Power-Magazins zur Energie- und Klimapolitik zu beantworten.

Beide sind Mitglieder der jeweiligen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) und bestimmen den energie- und klimapolitischen Kurs ihrer Parteien wesentlich mit. Müller und Girod sind unzufrieden mit dem gemächlichen Tempo, mit dem die Schweiz die Klimastrategie 2050 umsetzt. Ein Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz, über das am 13. Juni abgestimmt wird, ist für sie zwingend.

Silvio Bonzanigo

## **Soll ich für 100'000 Franken meinen 12jährigen Diesel-PKW durch einen Elektro-Tesla ersetzen oder für dasselbe Geld mein Eigenheim energetisch sanieren?**

### **Damian Müller:**

Beides ist sinnvoll. Was mehr bringt, hängt davon ab, wie viel Sie Auto fahren, wie alt und gross Ihr Eigenheim ist und wie Sie es heute beheizen. Hauptsache ist aber, Sie investieren Ihr Geld in erneuerbare Stromproduktion. Ein Tesla, der auf Basis von nicht erneuerbarem Strom fährt, ist genauso wenig sinnvoll wie ein energetisch saniertes Haus mit einer Ölheizung. In beiden Fällen haben Sie den CO<sub>2</sub>-Austoss zwar dank Effizienzgewinnen leicht reduziert, aber Sie nutzen das wirkliche Potential nicht.

### **Bastien Girod:**

Ich würde ein Elektro-Auto in der Preisklasse von 30'000 Franken kaufen und mit dem Rest das Eigenheim energetisch sanieren.

**Bill Gates hat eben einen Ratgeber veröffentlicht: «Wie wir die Klimakatastrophe verhindern». Zu den ökologischen Energiealternativen stellt er vier Fragen: 1. Wieviel Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstosses wird verhindert? 2. Wieviel Leistung erbringt die Alternative? 3. Wie viel Fläche und andere Ressourcen werden beansprucht? 4. Wie viel kostet die Alternative? Stellt Bill Gates die richtigen Fragen?**

### **Müller:**

Die Fragen von Bill Gates sind richtig, aber in meinen Augen nicht abschliessend, wenn es darum geht, die richtigen Lösungen zu finden. Mit den CO<sub>2</sub>-Emissionen und dem Flächenverbrauch hat er zwei zentrale Umwelteinflüsse angesprochen, sie sind aber nicht die einzigen. Hinzu kommt die Gesellschaft und dabei geht es um die Akzeptanz in der Bevölkerung. Gerade beim Klimaschutz messe ich der Machbarkeit eine enorm hohe Wichtigkeit bei: Was ist möglichst einfach, schnell und flexibel umsetzbar, damit sich möglichst viele Akteure einbringen können?

### **Girod:**

Ja, das sind sicher wichtige Fragen, die Bill Gates stellt. Wobei ich unter der Frage nach der Fläche allgemein die Frage nach der Gesamtökobilanz einer Technologie stellen würde.

**Das CO<sub>2</sub>-Gesetz legt Grenzwerte und finanzielle Abgeltungen für übermässige CO<sub>2</sub>-Emissionen fest. Wäre es nicht zielführender, ausschliesslich auf positive Anreize zu setzen? Deutschland kennt z.B. Verschrottungsprämien für alte fossil betriebene Autos.**

**Müller:**

Mit den Grenzwerten und Abgeltungen des neuen CO<sub>2</sub>-Gesetzes setzen wir doch genau Anreize dafür, Technologien zu entwickeln, welche die Grenzwerte möglichst günstig einhalten und Bürger und Bürgerinnen möglichst wenig Abgeltungen dafür leisten müssen! Das ist nichts anderes, als zielgerichtete Innovation anzuschieben.

Zu den Grenzwerten: Wenn etwas von der gesamten Wissenschaft als schädlich beurteilt wird, gibt es in meinen Augen keine Alternative, als sich davon zu verabschieden. Das langsame Absenken eines Grenzwertes lässt den Unternehmen Zeit, sich darauf einzustellen und Lösungen zu entwickeln. Und wenn wir eine Abgabe auf Flugtickets erheben, kommt das eingenommene Geld jenen zugute, die wenig fliegen. Wenn das kein Anreiz ist!

**Girod:**

Nein, allein auf Anreize zu setzen, wäre ungenügend; es braucht einen Mix von Massnahmen. Anreize sind gut, um neue Technologien in den Markt zu bringen, oder wo für verbindliche Grenzwerte die Mehrheiten noch fehlen. Um besonders klimaschädliche, fossile und ineffiziente Technologien aus dem Markt zu drängen, sind Grenzwerte sehr effizient und wirksam. Übrigens schlägt auch Bill Gates einen solchen Massnahmen-Mix vor.

**Die «Stromlücke» im Winter macht die saisonale Speicherung von Sommerstrom aus Fotovoltaik und Windturbinen zwingend. Die Techniken dafür existieren (Z. B. Methanol, Wasserstoff). Warum werden sie von der Schweizer Politik ignoriert?**

**Müller:**

Wenn ich die Schweiz mit dem Ausland vergleiche, bekomme ich den Eindruck, dass wir uns genau wegen des hohen Anteils von CO<sub>2</sub>-freier Energie aus der Wasserkraft zu lange auf den Lorbeeren ausruhen. Das betrifft den Ausbau der neuen erneuerbaren Energien, aber auch Innovation und Diversifizierung bei den Speichertechnologien. Mich befremdet es, dass der Bundesrat in seinen Eckwerten zur Revision des Stromversorgungsgesetzes

praktisch ausschliesslich auf Speicherseen setzt und das nicht technologieutraler formuliert.

### **Girod:**

Methanol und Wasserstoff werden nicht ignoriert. Für sie gilt grundsätzlich die gleiche Unterstützung wie für andere klimafreundliche Technologien. Es ist aber wichtig zu sehen, dass erstens die «Stromlücke» zumindest aktuell auch über die Wasserkraft geschlossen werden kann. Ob mittelfristig weitere Speicheroptionen notwendig sind, hängt auch von der Entwicklung der Windnutzung in Europa ab, denn diese produziert im Winter mehr Strom als im Sommer. Kommt dazu, dass die Herstellung von Wasserstoff und Methanol sehr viel Strom benötigt. Deren Produktion in der Schweiz und Europa macht also erst Sinn, wenn damit nicht der Bedarf nach fossilen Kraftwerken erhöht wird.

**Die FDP war am Absturz der 1. Fassung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes stark beteiligt. Der 2. Fassung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes stimmte die FDP zu aufgrund einer Neuorientierung 2019 in ihrer Umweltpolitik. Unterstützt die FDP die Klimastrategie 2050 auch in Zukunft?**

### **Müller:**

Falsch. Wir FDP. Die Liberalen stützen unsere Umweltpolitik auf eine Mitgliederumfrage ab und diese Umfrage ist für uns von den Gremien verbindlich. Dabei wurde erstens klar gewünscht, dass wir dem Thema mehr Gewicht geben, zweitens wurden die Eckpfeiler deutlich Richtung Nachhaltigkeit verschoben. Das war ein guter, konstruktiver und äusserst lehrreicher Prozess, auf den wir freisinnigen Ständerate aufbauen konnten.

Heute haben wir ein CO<sub>2</sub>-Gesetz, das man als Schweizer Kompromiss bezeichnen kann. Natürlich gefällt mir nicht alles. Aber es überwiegen die Vorteile, da wir den Geist von Innovation und Unternehmertum verbinden und gleichzeitig einen ersten Schritt auf dem Weg zu Netto-Null bis 2050 machen. Die FDP. Die Liberalen werden sich weiterhin mit grossem Engagement für dieses Ziel und die Energiestrategie 2050 einsetzen. Wir wollen unsere Schweiz gestalten, nicht verwalten.

**Die Grünen haben dem CO<sub>2</sub>-Gesetz in der 2. Fassung zwar zugestimmt, präsentierten aber gleichzeitig einen weitergehenden Klimaplan. Schon jetzt fürchten aber Arbeitnehmer um ihre Arbeitsplätze, Links-Grün beklagt die einkommensunabhängige Belastung des Bürgers über CO<sub>2</sub>-Gebühren, die «Klimabewegung» steht dem CO<sub>2</sub>-Gesetz kritisch oder ablehnend gegenüber, der Mieterverband befürchtet teurere Mieten wegen des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Kippt die Unterstützung der Klimastrategie des Bundesrates durch Links-Grün nächstens wieder?**

**Girod:**

Nein, die Unterstützung von Links-Grün gilt weiterhin. Ich gehe davon aus, dass alle einigermaßen vernünftige Menschen erkennen, dass wir diese Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes brauchen.

**Es wird an Back-ups gedacht, falls es bis 2050 mit den CO<sub>2</sub>-neutralen Energien nicht reichen sollte: Die Nutzungsdauer eines bestehenden AKW erstrecken; dezentrale Gas-Kombi-Kraftwerke erstellen; vorsorglich Lieferverträge für Atomstrom aus dem Ausland schliessen; massiv in die Geothermie investieren. Braucht es solche Notfallszenarien?**

**Müller:**

Sich gegen den Notfall zu wappnen ist nie schlecht. Aber wir müssen, wenn wir glaubwürdige Politik machen wollen, ohne all diese Optionen vorwärts machen. Denn wer garantiert mir, dass die angesprochenen «Auswege» auch wirklich das halten, was sie heute versprechen? Aus meiner Sicht geht es in den nächsten 15 Jahren darum, die inländische Produktion stark zu steigern und gleichzeitig unsere Einbettung in den europäischen Strommarkt zu verbessern. Das wird kein Spaziergang, aber es ist machbar. Wenn uns das gelingt, wird der Plan B unnötig.

**Girod:**

Die genannten Szenarien sollten nicht im Vordergrund stehen. Höchsten Gas-Kombi-Kraftwerke oder allgemeiner Wärme-Kraft-Kopplungs-Kraftwerke könnten relevant sein. Diese lassen sich über erneuerbare Gase auch klimaneutral betreiben. Wichtig wäre aber vor allem die bessere Nutzung bestehender Abwärme.

**In der Energiegesetzgebung spielt die mutmassliche Bevölkerungszunahme in der Schweiz von 20 Prozent bis 2050 kaum eine Rolle. Warum blendet die Politik die Folgerungen aus?**

**Müller:**

Das stimmt so nicht. In den Energieperspektiven des Bundes ist die Bevölkerungszunahme Bundes unterlegt. Neue Untersuchungen zeigen aber, dass sich der Energieverbrauch seit einiger Zeit vom Bevölkerungswachstum entkoppelt, das heisst wir brauchen nicht mehr Energie, obwohl die Bevölkerung zunimmt. Das vor allem deshalb, weil wir effizienter werden und somit pro Kopf weniger Energie verbrauchen. Das ist der Weg, den wir weitergehen müssen. Allerdings müssen wir auch sehen, dass ein Teil des Energieverbrauchs ins Ausland verlagert wird, weil wir immer mehr energieintensive Produkte importieren.

**Girod:**

Mein Verständnis ist, dass die zahlenmässige Entwicklung der Bevölkerung berücksichtigt wird.

**Deutschland muss einen hohen Anteil Kohlestrom ersetzen, Frankreich sollte seinen übermässigen Anteil Atomstrom verringern wegen langfristiger Risiken. Die Schweiz dagegen verfügt mit den Wasserkraftwerken bereits über einen hohen Anteil an CO<sub>2</sub>-freier Elektrizität ohne nukleare Risiken. Nutzt die Schweiz ihren Startbonus richtig?**

**Müller:**

Grundsätzlich sind wir in der Schweiz in der privilegierten Situation, dass wir mit den Speicherseen viele flexibel einsetzbare Speicher haben, womit die Energiewende viel einfacher gelingt. Trotz dieses Startbonus bin ich der Meinung, dass wir langsam aber sicher ins Hintertreffen geraten. In der Vergangenheit war die Produktion unserer Wasserkraftwerke stark auf den europäischen Markt ausgerichtet und man konnte dank deren hoher Flexibilität gute Renditen einfahren. Aufgrund des fehlenden Stromabkommens verlieren wir jedoch zunehmend den Anschluss an die EU.

Wir müssen deshalb die Wasserkraft stärker auf unsere inländische Versorgungssicherheit ausrichten, was wohl tendenziell die Renditen verkleinert, weil sich der Markt verkleinert. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Wasserkraft auch künftig ein europäischer Trumpf bleibt.

**Girod:**

Leider nein, wir nutzen diesen Startbonus nicht optimal, die Schweizer Energiepolitik ruht sich eher aus. Andere Länder, insbesondere Deutschland, haben beim Ausbau der erneuerbaren Energien viel stärker und schneller vorwärts gemacht. Die Schweiz hat den

Ausbau aktuell auf Eis gelegt, insbesondere grosse Photovoltaik-Anlagen werden nur ungenügend gefördert.

## **Welche Beispiele sind Ihnen in der Schweiz energiepolitisch positiv aufgefallen?**

### **Müller:**

Rein politische Positivbeispiele herauszunehmen fällt mir schwer, auch wenn die Mustervorschriften der Kantone und auch die Energiestrategie 2050 viele gute Ansätze enthalten. Meiner Meinung nach trugen bei den grossen Pioniertaten der Vergangenheit im Bereich Wasserkraft, Photovoltaik aber auch aktuell bei der Energieeffizienz und Digitalisierung die Energiewirtschaft, die Stromversorger aber auch kleine KMU mehr dazu bei als die Politik. Deshalb ist die Politik jetzt mehr denn je gefordert, die Rahmenbedingungen wieder so zu setzen, dass die Wirtschaft Bestleistungen bringen kann.

### **Girod:**

Die Förderung per Einmalvergütung mit einer Deckelung der Gesamtkosten scheint mir eine intelligente Weiterentwicklung der Einspeisevergütung, wie sie Deutschland eingeführt hat. Damit wird die Förderung effizienter und man behält die Kosten im Griff.

**Im Sommer 2020 war Strom für 1 Cent/KWh in Europa zu kaufen. Folge 1: In Alfstedt/Niedersachsen wurde Anfang 2021 ein 20-jähriger Windpark abgebaut, weil sich die Betriebskosten nicht mehr decken liessen. Folge 2: In der Zentralschweiz gibt es mehr Solarstrom als der Markt abzunehmen vermag. Deshalb sind die Einspeisevergütungen massiv gesunken. Frage: Sabotiert der Strommarkt somit die Energiewende? Müsste die Politik hier nicht steuernd eingreifen?**

### **Müller:**

Das sehe ich auch so. Wind- und Sonnenenergie sind wegen fehlender Brennstoffkosten im Betrieb praktisch gratis. Doch damit sabotieren sie sich de facto selbst, weil auch diese Anlagen zuerst aufgestellt und stets unterhalten werden müssen. Das braucht Investitionen.

Da die Preisbildung an der Börse nur die Betriebskosten berücksichtigt, sind damit die Strompreise zu günstig. In der Schweiz wie in anderen Ländern wird das dadurch wettgemacht, dass die Stromkonsumenten einen Netzzuschlag zahlen. Der Bund verteilt

dieses Geld dann wieder für Investitionen in neue Anlagen oder deren Erneuerung. Ich meine, das ist ein gangbarer Weg, wenn man nicht das ganze System auf den Kopf stellen will. Dabei müsste man eigentlich von einer «Investitionskostenpauschale» sprechen und nicht von einem «Netzzuschlag».

**Girod:**

Es ist sicher noch zu früh, um vollständig auf die Förderung von neuen erneuerbaren Energien wie Wind- und Sonnenstrom zu verzichten. Aber wir konnten in den letzten Jahren die Förderung pro gelieferte Kilowattstunde stark reduzieren, womit wir für den gleichen Förderfranken eine immer grössere Strommenge erhalten.



**Damian Müller (1984)**

FDP, vertritt den Kanton Luzern seit 2015 im Ständerat. Er präsidiert die Aussenpolitische Kommission und ist Mitglied mehrerer anderer Kommissionen des Ständerates, so auch der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK).

Müller war ein Verfechter der Totalrevision des [CO<sub>2</sub>-Gesetzes](#), über das am 13. Juni 2021 abgestimmt wird. Müller förderte das Bewusstsein in der FDP, dass liberale Grundsätze und Umweltschutz vereinbar seien. Die von Parteipräsidentin Petra Gössli



initiierte und aus einer Mitgliederbefragung resultierende Neuorientierung der Partei in Energie- und Klimafragen unterstützt Müller entschieden.

Beruflich ist Müller in einem 40-Prozent-Pensum bei der Swiss Life in Zürich als Specialist Group Communications tätig.



### **Bastien Girod (1980)**

Grüne, vertritt seit 2007 den Kanton Zürich im Nationalrat. Girod präsidiert aktuell die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Nationalrates. Girod wird neben anderen das Verdienst zugeschrieben, die Zustimmung der Grünen für die 2. Fassung des [CO<sub>2</sub>-Gesetzes](#) bewirkt und ein Referendum dagegen seitens der Grünen verhindert zu haben.

2010 hatte Girod eine Publikation für eine ökologische Zukunft mit dem Titel *The Green Change* veröffentlicht. Er ist Präsident des Wirtschaftsverbandes der Abfallverwertungswirtschaft (VBSA) und Beirat des Wirtschaftsverbandes swisscleantech.

Beruflich ist der promovierte Umweltwissenschaftler Girod als Privatdozent an der ETH und als Geschäftsentwickler bei der Firma South Pole, Zürich, tätig, wo er ein Team von 15 Personen leitet, welches die Länder Deutschland, Österreich, Schweiz und Frankreich betreut.